Stellungnahme

anlässlich eines Round Table Gespräches im deutschen Bundestag am 06. Juni 2016 zum Thema Call Center und Sonntagsschutz

Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Mainz

Es liegen derzeit keine Gründe vor, die eine Einschränkung des verfassungsrechtlichen Sonn- und Feiertagsschutzes rechtfertigen könnten.

Die derzeitige Datenlage lässt nicht erkennen, dass im Interesse des Gemeinwohls eine Ausnahmeregelung zur Ermöglichung von Sonn- und Feiertagsbeschäftigung in Call Centern erforderlich ist.

Daher bleiben aus evangelischer Sicht die Einsichten maßgeblich, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahre 2009 hervorgehoben hat

(https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2009/12/rs20091201_1bvr285707.html)

Dieses Urteil stellt auf der einen Seite keineswegs die Bedeutung des wirtschaftlichen Sektors für das Gemeinwohl infrage und bezweifelt auch nicht die Notwendigkeit, durch geeignete rechtliche Rahmensetzungen sicher zu stellen, dass die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft nicht durch sachfremde Eingriffe behindert wird.

Zugleich – und das ist für die aktuelle Rechtsprechung wegweisend gewesen – weist das Bundesverfassungsgericht auf der anderen Seite aber sehr deutlich darauf hin, dass wirtschaftliche und ökonomische Bedürfnisse sowie die Interessen von Konsumenten nicht die einzigen Bedürfnisse und Interessen sind, die bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders zu berücksichtigen und rechtlich zu schützen sind.

Aus Sicht der Verfassung beinhaltet das gesellschaftliche Miteinander auch Güter, die keine wirtschaftlichen Güter sind und nicht angemessen gewürdigt werden, wenn man sie umstandslos den Gesetzen des Marktes unterwirft.

Das Bundesverfassungsgericht greift damit implizit einen Gedanken auf, der als Böckenförde-Theorem bekannt geworden ist. Dieses Theorem besagt, dass der freiheitliche säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er als Staat nicht selbst garantieren und erzeugen kann.

Die emotionalen und intellektuellen Fähigkeiten, die der freiheitliche, demokratische und soziale Rechtsstaat bei seinen Bürgern voraussetzt, damit er überhaupt als dieser freiheitliche Staat existieren kann, werden in Lebenszusammenhängen gebildet, die nicht dem staatlichen Zugriff und der staatlichen Verfügungsmacht unterliegen und gerade deshalb von ihm mit den Mitteln des Rechts vor jeglicher Fremdbestimmung – sowohl von Seiten des Staates wie von anderen - zu schützen sind.

Das Böckenförde-Theorem geht seinerseits auf Überlegungen zurück, die Wilhelm Röpke – einer der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft – im Blick auf die Voraussetzungen der sozialen Marktwirtschaft angestellt hat.

Für Röpke als Volkswirtschaftler war es evident, dass der Markt in seinem Funktionieren abhängig ist von Voraussetzungen, die „jenseits von Angebot und Nachfrage“ liegen – so der Titel einer programmatischen Schrift aus seiner Feder.

Gerade für den Wirtschaftsfachmann Röpke war deutlich, dass ein gelingendes Wirtschaftsleben in einer Gesellschaft existenziell darauf angewiesen ist, dass in dieser Gesellschaft das Miteinander nicht nur von ökonomischen Gesichtspunkten dominiert wird, sondern auch andere Erfahrungsbereiche maßgeblich bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zum Zuge kommen.

So, wie der Markt davor geschützt werden muss, dass ihm sachfremde Vorgaben gemacht werden, so müssen jene gesellschaftlichen Bereiche, die nach anderen Maßstäben ablaufen, davor geschützt werden, dass umstandslos ökonomische Maßstäbe zu ihrer Gestaltung herangezogen werden.

Es hat gute Gründe für sich, dass in komplexen Gesellschaften die nicht nach den Gesetzen des Marktes organisierbaren Lebensbereiche dadurch geschützt und gestärkt werden, dass ihnen Zeiten eingeräumt werden, in denen bewusst andere als ökonomische Kriterien den Alltag strukturieren. Andernfalls ist ihre Kraft, sich gegenüber den Kräften des Marktes zu behaupten gerade unter den Bedingungen der Globalisierung zu schwach. Es gibt eben keine „invisible hand“, die das Leben jenseits von Angebot und Nachfrage schützt und stärkt. Das tut nur die bewusste Entscheidung des Menschen.

Dass wir in einer komplexen und globalisierten Gesellschaft leben, spricht gerade nicht gegen, sondern für den Sonntagsschutz.

Andernfalls gefährden wir die Voraussetzungen, die für die selbstbestimmte und nicht fremdbestimmte Teilnahme Deutschlands an Globalisierung und Digitalisierung unverzichtbar sind. Es wäre fatal, ließe sich Deutschland vom Beispiel anderer Länder irritieren, die sich an diesem Punkt anders entschieden haben und dem Sonntagsschutz eine geringere Priorität einräumen.

Sonn- und Feiertagsschutz ist Freiheitsschutz, wie es der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier vor kurzem anlässlich der letzten Zeitkonferenz in Berlin ausgesprochen hat.